darauf verwiesen, daß Vergleichen nicht Gleichsetzen bedeute. Diese richtige Unterscheidung wurde jedoch aufgrund von unablässigen Behauptungen über Analogien und Wesensverwandtschaft zwischen DDR und Drittem Reich vernachlässigt und nicht nachdrücklich und glaubwürdig genug vertreten. Damit wird einer fortschreitenden Relativierung der Verbrechen der Nazidiktatur einerseits und der Dämonisierung und Kriminalisierung der DDR sowie einer Delegitimierung von antikapitalistischen Alternativen und Antifaschismus andererseits Vorschub geleistet.

5. Die Möglichkeiten und insbesondere die Grenzen von Enquete-Kommissionen zu Problemen der Zeitgeschichte, der politischen und gesellschaftlichen Systeme, sind mit den Erfahrungen seit 1992 offenkundig. Die Schlußfolgerungen daraus mündeten auch in das Gesetz zur Errichtung einer „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“. Fragwürdig an diesem Gesetz ist seine ideologische Ausrichtung. Statt solcher Vorgaben wie beispielsweise die behaupteten weitreichenden Analogien zwischen der DDR und der NS-Diktatur sollten die Betroffenen, Geschichtswerkstätten, Aufarbeitungsinitiativen und Opfergruppen selbst über die Leitlinien und jeweiligen Vorhaben ihrer Arbeit unter dem Dach der Stiftung entscheiden.

Im übrigen hat die Arbeit der Enquete-Kommission deutlich gemacht, daß eine Versöhnung so lange nicht möglich sein wird, wie die politische Strafverfolgung in Ostdeutschland fortgesetzt wird und somit politische Auseinandersetzungen mit den Mitteln des Strafrechts betrieben werden.

Bonn, den 16. Juni 1998

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Debatte des Deutschen Bundestages am 17. Juni 1998

[. . .]

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth:

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Beratung des Schlußberichts der Enquete-Kommission

„Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“

– Drucksache 13/11000 –

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich einige einleitende Bemerkungen und Worte zum nationalen Gedenktag des 17. Juni sagen; denn angesichts der Probleme des Tages schwindet allzuleicht das Empfinden für das Grundsätzliche und die notwendige Pflege des Gedenkens. Lassen Sie mich deshalb den Vorschlag der Enquete-Kommission aufgreifen, auch in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß der 17. Juni im öffentlichen Bewußtsein nicht verlorengeht.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der PDS)

Die Erhebung am 17. Juni 1953, der wir im Deutschen Bundestag oft gedacht haben, war ein erstes sichtbares Fanal, daß sich die Menschen in der DDR mit Willkür und Unterdrückung nicht abfinden wollten und nicht bereit waren, sich widerstandslos der kommunistischen Herrschaft zu beugen. In der Erinnerung an die ersten massiven Widerstände gegen die Diktatur der kommunistischen Einheitspartei und ihre Opfer bleibt der 17. Juni 1953 ein nationaler Gedenktag für uns alle. Dieser Tag mahnt uns zur Wachsamkeit. Er steht für die Aufforderung an uns alle, jeder Form von Diktatur eine Absage zu erteilen.

Der Aufstand des 17. Juni scheiterte. Er wurde gewaltsam niedergeschlagen; aber er war nicht umsonst. 36 Jahre später, als auf den Einsatz von Gewalt verzichtet wurde, setzte sich die Freiheit in der friedlichen Revolution des Herbstes 1989 durch. Deshalb gehören der 17. Juni 1953 und der 9. November 1989 untrennbar zusammen.

Vor allem der ungebrochene Freiheitswille, die Kraft und der Mut der Bürgerrechtler in der DDR und der Menschen in den Bürgerbewegungen, die auf den Straßen zur Volksbewegung anschwollen, waren es, die das SED-Regime hinwegfegten und uns Deutsche in die gemeinsame Freiheit und in die staatliche Einheit führten.